



Strompreise für Privathaushalte können 2014 sinken

Strompreise für Privathaushalte können 2014 sinken
Energiekonzerne müssen günstige Börsenpreise weiterreichen
Berlin, 1. Juli 2013 - Die Strompreise für Haushalte könnten im Jahr 2014 sinken, wenn die großen Energieversorger niedrige Erzeugungskosten an alle Verbraucher weiterreichen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Öko-Instituts im Auftrag von Greenpeace. Laut Studie wird die EEG-Umlage jedoch voraussichtlich auf 6,1 Cent pro Kilowattstunde steigen. Grund ist vor allem der sinkende Strompreis an der Börse. "Die Bundesregierung könnte mit einfachen politischen Mitteln Privathaushalte und Mittelstand entlasten", sagt Andree Böhling, Energie-Experte von Greenpeace. "Strom aus Erneuerbaren Energien wird immer günstiger. Doch bislang profitiert hauptsächlich die Industrie davon." Greenpeace fordert die Bundesregierung auf, die ungerechtfertigten Ausnahmen für die Industrie zu reduzieren und die Stromerzeugung fairer zu besteuern. Dies würde die Ökostrom-Umlage um 2,4 Cent senken. Die heute in Berlin vorgestellte Studie zeigt, dass die Summe aus Börsenpreisentwicklung und EEG-Umlage entscheidend für die Bewertung der Strompreisentwicklung ist. Die so beschriebenen Systemkosten der Stromversorgung werden in 2014 voraussichtlich um 0,6 Cent fallen und auch in den nächsten Jahren weiter absinken. Der massive Einbruch des Strompreises an der Börse auf unter vier Cent pro Kilowattstunde sorgt hingegen für einen Anstieg der EEG-Umlage, denn dadurch steigt die Differenz zur gesetzlich festgelegten Vergütung von Wind, Sonne und Biomasse. Laut Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wird der Aufschlag erhoben, um die Energiewende zu finanzieren. "Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Energieversorger gesunkene Börsenpreise an die Haushalte weitergeben", sagt Dr. Felix Matthes vom Öko-Institut. "Dann braucht in den nächsten Jahren niemand steigende Preise zu fürchten." Laut Studie wirkt vor allem der massive Preisverfall der CO2-Zertifikate im Emissionshandel auf den Börsenhandel und erhöht so die EEG-Umlage. Ein funktionierender Emissionshandel mit Preisen von 40 Euro pro Tonne CO2 würde die Umlage um 1,3 Cent reduzieren. Doch genau hier blockiert auch die Bundesregierung, die sich einer notwendigen Verknappung der CO2-Zertifikate verweigert. Greenpeace fordert Reform der Stromsteuer und weniger Industrieausnahmen. 1691 Unternehmen entziehen sich derzeit im Umfang von vier Milliarden Euro einer Finanzierung der Energiewende. Würden die Kosten gerechter verteilt, könnte dies die Bürger um 1,6 Cent pro Kilowattstunde entlasten. Greenpeace verlangt darüber hinaus, die Strombesteuerung zu reformieren und Erneuerbare Energien geringer oder gar nicht zu besteuern. Wind und Sonne verursachen deutlich weniger gesellschaftliche Folgekosten wie z.B. für Umweltschäden und sollten weniger staatliche Abgaben zahlen müssen als Kohle und Atom. Auf diese Art würde die EEG-Umlage noch einmal um bis zu 0,8 Cent auf insgesamt 2,4 Cent pro Kilowattstunde sinken. Ein Drei-Personen-Haushalt könnte bei einem Stromverbrauch von 4000 Kilowattstunden etwa 100 Euro jährlich einsparen.
Greenpeace e.V. Grosse Elbstrasse 39 22767 Hamburg Deutschland
Telefon: 040/30618 -340
Telefax: 040/30618-160
Mail: presse@greenpeace.de
URL: <http://www.greenpeace.de> http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=537624 width="1" height="1">

Pressekontakt

Greenpeace

22767 Hamburg

greenpeace.de
presse@greenpeace.de

Firmenkontakt

Greenpeace

22767 Hamburg

greenpeace.de
presse@greenpeace.de

Seit 1971 setzt sich Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen ein. Gewaltfreiheit ist dabei das oberste Prinzip. Die Organisation ist unabhängig von Regierungen, politischen Parteien und wirtschaftlichen Interessengruppen. Greenpeace arbeitet international, denn Naturzerstörung kennt keine Grenzen. Spektakuläre Aktionen haben Greenpeace weltweit bekannt gemacht. Die direkte Konfrontation mit Umweltsündern dient dazu, auf Missstände aufmerksam zu machen. Greenpeace-Aktivist*innen setzen sich persönlich für ihr Anliegen ein - dadurch erzeugen sie öffentlichen Druck auf Verantwortliche in Politik und Industrie. Doch Greenpeace agiert nicht nur im Schlauchboot, auch die Lobbyarbeit trägt entscheidend zum Erfolg von Kampagnen bei. In langwierigen und zähen Verhandlungen versucht Greenpeace, die politischen Entscheidungen von Regierungen oder Kommissionen zu beeinflussen. Greenpeace arbeitet zu den Themen Klimaveränderung, Artenvielfalt (Ökosysteme der Wälder und Meere), Atomkraft/erneuerbare Energien, Erdöl, Gentechnik, Landwirtschaft und Chemie. Eine Konzentration auf die gewählten Kampagnen ist notwendig: Nur wenn die Organisation ihre Energien bündelt, ist effektives und erfolgreiches Arbeiten möglich.